



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Bürgerbeteiligung und  
Netzpolitik  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3738  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter Johannes Baldus

Wiesbaden, 30.01.2020

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik  
am Dienstag, 4. Februar 2020, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 03.12.2019

## 2. 20-F-01-0006

Erhalt und Ausweitung der Kompetenzen des Ausländerbeirates  
-Antrag der SPD-Fraktion vom 28.01.2020-

Aktuell wird im Hessischen Landtag der Gesetzesentwurf zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlpolitischer Vorschriften diskutiert. Dieser sieht aktuell vor, dass Gemeinden mit mehr als 1.000 gemeldeten ausländischen Einwohnern die Möglichkeit haben, anstelle eines Ausländerbeirates eine Integrations-Kommission zu bilden. Hintergrund dieser Gesetzesänderung ist, dass in vielen Hessischen Gemeinden trotz einer Verpflichtung zur Wahlvorbereitung eines Ausländerbeirats keine Wahlen stattfanden.

In der Landeshauptstadt Wiesbaden haben wir den ältesten Ausländerbeirat Deutschlands. Seit dem Jahr 1993 werden zu den Wiesbadener Ausländerbeiratswahlen viele Wahlvorschlagslisten eingereicht, im Jahr 2015 waren es 10 Listen.

Der Gesetzesentwurf sieht eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vor. Im Rahmen dieser Änderung bietet es sich an, die Möglichkeiten zur Kompetenzerweiterung der Ausländerbeiräte durch den Magistrat bzw. die Stadtverordnetenversammlung in der HGO zu ermöglichen.

Nach aktueller Einschätzung des Leiters des Wiesbadener Rechtsamtes ist dies nicht ohne eine entsprechende Änderung der HGO möglich, auch wenn andere Städte, wie beispielsweise Gießen, dies bereits aktuell praktizieren.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hält an der Wahl eines Ausländerbeirates auch nach einer Änderung der Hessischen Gemeindeordnung, welche die Einsetzung einer Integrations-Kommission anstelle der Wahl eines Ausländerbeirates ermöglicht, fest.
2. Der Magistrat wird gebeten, über die kommunalen Spitzengremien auf eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung hinzuwirken, mit dem Ziel, über kommunale Satzungen die Kompetenzen des Ausländerbeirates erweitern zu können.

## 3. 20-F-08-0011

Vergabe der Bürgerhäuser  
-Antrag der Fraktion L&P vom 29.01.2020-

Seit 2016 ist die Vergabe der Bürgerhäuser immer wieder Beratungsgegenstand im Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik.

Mit Rücksicht auf Karnevalsveranstaltungen werden Räumlichkeiten für die Mitglieder des Vereinsrings bevorzugt vergeben. Alle anderen Anfragen werden jeweils ab Dezember für das Folgejahr bearbeitet.

Zum Jahreswechsel 2019/20 ist der zuständige Mitarbeiter in Ruhestand gegangen. Zudem ist für 2020 die Sanierung des Tattersalls geplant, wodurch sich der Druck auf die übrigen Bürgerhäuser erhöht.

Vereine müssen lange im Voraus planen und sind auf eine zeitnahe Entscheidung angewiesen.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik wolle beschließen:  
Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie die zeitnahe Rückmeldung zu Reservierungsanfragen gewährleistet wird,
2. wer zur kostenlosen Nutzung der Bürgerhäuser berechtigt ist,
3. inwieweit die Bürgerhäuser auch von anderen Personen/Organisationen genutzt werden,
4. inwieweit die privilegierte Vergabe an den Vereinsring auf Karnevalsveranstaltungen beschränkt ist bzw. werden sollte,
5. wie weit die Vorbereitungen eines Onlinevergabesystems, das über die Belegung Auskunft gibt, gediehen sind.

#### 4. 20-F-08-0012

Bürgerfreundliche Onlinedienste am Beispiel WiKITA  
-Antrag der Fraktion L&P vom 29.01.2020-

IT-Verfahren, die eine Serviceleistung für die Bürger\*innen der Landeshauptstadt Wiesbaden darstellen, sollten barrierefrei und einfach in der Handhabung sein. Integration der Verwaltungsabläufe gewährleistet eine einheitliche und im Idealfall produktivere Arbeitsweise.

Mit Beschluss Nr. 0155 vom 16.10.2019 hat der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie einstimmig den Magistrat gebeten, das Vormerksystem für Kita-Plätze „WiKITA“ umfassend zu evaluieren, Alternativen aufzuzeigen und es dem Ausschuss vorzustellen.

Mit Beschluss Nr. 0010 vom 07.02.2017 hat der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik über die Zuordnung von Beratungspunkten im IT-Bereich entschieden. Danach werden Beratungspunkte, die eine stärkere Außenwirkung haben, vom Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik beraten.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Ergebnisse der Evaluation und Alternativen dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik vorzustellen, damit
2. über das grundsätzliche Vorgehen bei IT-Verfahren mit stärkerer Außenwirkung beraten werden kann. Insbesondere auch über die Feststellung von IT-M, dass bei Verfahren, die unter das Onlinezugangsgesetz fallen, zur Not Postfach-Lösungen geschaffen würden.

#### 5. 19-A-56-0002

Berichterstattung Stabsstelle WIEB

**6. 18-A-56-0002**

Veröffentlichung der Steckbriefe auf [dein.wiesbaden.de](http://dein.wiesbaden.de)

ANLAGE: Steckbrief Bebauungsplan "Westlich der Neufeldstraße"

**7. 19-F-21-0045**

Ausbau von kostenfreiem WLAN an öffentlichen Plätzen

-Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.10.2019-

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dez. III) vom 28.11.2019

**8. 20-V-01-0002**

**DL 04/20-7, 03/20-8**

Ehrenamtliche/r Nachtbürgermeister/in

**9. 20-V-20-0002**

**DL 04/20-9, 03/20-10**

Investitionscontrolling 2019 zum Stichtag 02.01.2020

**10. 19-V-40-0028**

**DL 01/20-3**

Umsetzung Digitalpakt Schule und Landesprogramm Digitale Schule Hessen

**11. Verschiedenes**

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

**Sobek**  
**Vorsitzender**